



Tagesordnung I Punkt 13 der öffentlichen Sitzung am 21. März 2024

Antrags-Nr. 24-I-30-0004

Würdigung der Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter - Beschluss des Ausländerbeirats vom 13.03.2024 -

Antrag des Vorstands:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadt Wiesbaden erkennt die Lebensleistung der Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter an.
2. Den 1. März als jährlichen "Tag des Austausches" zu etablieren. Dieser Tag, der an die erste Sitzung des Ausländerbeirats im Jahr 1972 erinnert, soll durch eigenständige Veranstaltungen wie Seminare, Symposien oder Workshops geprägt sein, die einen intensiven Wissenstransfer und interkulturellen Dialog ermöglichen.
3. Die Stadt Wiesbaden setzt sich für die Würdigung der Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter durch die Umbenennung bestehender oder die Benennung neuer Straßen und Plätze nach ihnen zu realisieren ein. Diese Maßnahme soll nicht nur als symbolische Anerkennung dienen, sondern auch den Wissenstransfer in die Mehrheitsgesellschaft fördern.
4. Die Errichtung eines Denkmals oder einer Statue zur Würdigung der Gastarbeiter zu beschließen und umzusetzen. Trotz der finanziellen Herausforderungen erkennt der Ausländerbeirat die Notwendigkeit und Bedeutung dieses Vorhabens an, das nicht nur der Erinnerung dient, sondern auch Raum für Reflexion über vergangene und gegenwärtige Herausforderungen bietet.

Begründung:

Die Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter spielten eine entscheidende Rolle für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Wiesbadens, indem sie in den 1960er und 1970er Jahren wesentlich zum Wachstum der lokalen Industrie und zur Vielfalt der Stadtgesellschaft beitrugen. Ihre Präsenz und Arbeit unterstützten nicht nur den wirtschaftlichen Aufschwung in einer Zeit des Arbeitskräftemangels, sondern führten auch zur "Unterschichtung", wodurch Arbeiterinnen und Arbeiter aus der Mehrheitsgesellschaft in höhere Positionen aufsteigen konnten, was die soziale Mobilität innerhalb der Bevölkerung förderte. Damit haben die Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter maßgeblich zur wirtschaftlichen Dynamik und zum kulturellen Reichtum Wiesbadens beigetragen, was ihre Anerkennung und Würdigung in der politischen Diskussion rechtfertigt.

Trotz dieser Rolle als Arbeiterinnen und Arbeiter in niedrigeren Positionen, wussten Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter eigenständig einen Platz im gesellschaftlichen Leben zu schaffen. So hebt Kulturdezernent Dr. Hendrik Schmehl in seinem Vorwort der Herausgabe „Wiesbaden und die Migration - Grundzüge einer städtischen Einwanderungsgeschichte seit 1945“ vom Stadtarchiv hervor, dass die Möglichkeiten für Unternehmen und für die Lokalpolitik bei der Unterstützung der Eigendynamik und den Willen der Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter, sich in das gesellschaftliche Leben einzubringen, nicht vollständig ausgeschöpft wurden: *„Im Mai 1964 beriet der Magistrat erstmals über die kulturelle Betreuung von Gastarbeiterinnen und Gastarbeitern. Weder die*

Wiesbadener Arbeitgeber noch die Stadtpolitik hatten Angebote geschaffen. Die `Integration auf Widerruf` der 1970er Jahre führte insbesondere bei Kindern und Jugendlichen zu Isolation".

In der heutigen Diskussion über Migration im Allgemeinen aber auch im Spezifischen über die Arbeitsmigration der Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter bleiben diese Aspekte unberücksichtigt. Dabei ist der Ausländerbeirat der Überzeugung, dass die Arbeits- und Lebensbedingungen lehrreiche Rückschlüsse zur Festigung unserer pluralistischen Demokratie geben wird.

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt zu TO I TOP 13 (Würdigung der Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter) der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 21. März 2024

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

1. unverändert
2. Anknüpfend an den Bericht des Arbeitskreises (siehe 21-J-43-0003 vom 27.09.2023) einen Tag des interkulturellen Austausches zu etablieren (beispielsweise den 1. März, dem Tag, an dem der Ausländerbeirat 1972 zum ersten Mal tagte). Dort soll Zuwanderung und Arbeitsmigration als Teil der Wiesbadener Stadtgeschichte vergegenwärtigt werden. Ziel ist es, eine lebendige Erinnerungskultur in Gang zu bringen und dabei ebenso die Möglichkeiten von Kunst und Kultur wie von Wissenstransfer und interkulturellem Dialog zu nutzen.
3. Die Stadt Wiesbaden setzt sich für die Würdigung der Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter durch die Benennung bestehender und neuer Straßen und Plätze ein. Diese Maßnahme soll nicht nur als symbolische Anerkennung dienen, sondern auch den Wissenstransfer in die Mehrheitsgesellschaft fördern. Den Ortsbeiräten wird nahegelegt, die noch in Vorbereitung befindliche Vorschlagsliste des Ausländerbeirats mit geeigneten Namensgeber*innen bei Benennungsvorhaben zu berücksichtigen.
4. Die Errichtung eines Denkmals oder einer Statue zur Würdigung der Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter zu prüfen. Trotz der finanziellen Herausforderungen erkennt der Ausländerbeirat die Notwendigkeit und Bedeutung dieses Vorhabens an, das nicht nur der Erinnerung dient, sondern auch Raum für Reflexion über vergangene und gegenwärtige Herausforderungen bietet.
5. (neu) Um die Ideenfindung und den Entscheidungsprozess zur Errichtung eines Denkmals oder einer anderen Form der Erinnerung im öffentlichen Raum voranzubringen und dieses Vorhaben in der Stadtgesellschaft zu verankern, soll ein Komitee gegründet werden. Ihm sollen neben Vertreter*innen des Ausländerbeirats, des Magistrats und der Politik auch Persönlichkeiten aus der Zivilgesellschaft

angehören, etwa von migrantischen Selbstorganisationen und der lokalen Industrie, die von den Gastarbeiter*innen profitiert hat. Über konkrete Vorschläge zur Teilnehmer*innenschaft ist mit dem Ausländerbeirat zu beraten. Dieses Komitee soll auch sondieren, inwieweit es mithilfe von Spenden gelingen kann, das Vorhaben auch in Zeiten knapper städtischer Kassen zur Umsetzung zu bringen.

Beschluss Nr. 0085

Der Antrag wird in der Fassung des Änderungsantrags von Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt angenommen.

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .03.2024

Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .03.2024

Dezernat IV
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Gert-Uwe Mende
Oberbürgermeister